

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 164 vom 11.07.2013

Bilanz zum Fonds ‚Heimerziehung in der DDR‘

Dieter Dombrowski: Eineinhalb Jahre bis zum ersten Beratungstermin für DDR-Heimkinder sind zu lang - konkrete Lösungen notwendig

Betroffene, die sich an die brandenburgische Landesbeauftragte als Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heimkinder wenden, müssen bis zu anderthalb Jahre auf einen Erstberatungstermin warten. Dies wurde heute im Rahmen der Ein-Jahres-Bilanz seit der Einrichtung des Fonds «Heimerziehung in der DDR» durch die brandenburgische Aufarbeitungsbeauftragte Ulrike Poppe deutlich. Dazu sagt Dieter Dombrowski, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg und stellvertretender Vorsitzender der Enquetekommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur:

„Die Landesbeauftragte ist oftmals die einzige Anlaufstelle für die zahlreichen Opfer der SED-Diktatur in Brandenburg. Sie leistet einen sehr wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung, die zwei Jahrzehnte in Brandenburg stark vernachlässigt wurde. Die aufwendigen Beratungen der Opfer sind oft nicht einfach, weil es um rechtliche, finanzielle und psychologische Fragen geht. Das benötigt Zeit und gut geschultes Personal.

Anderthalb Jahre bis zu einem Erstberatungstermin für die ehemaligen DDR-Heimkinder sind allerdings zu lang und eine Zumutung. Wenn die Aufarbeitungsbeauftragte Ulrike Poppe zusätzliche Unterstützung braucht, müssen Landtag und Landesregierung handeln und ihr im Interesse der Opfer zur Seite stehen. Es geht nicht um politische Ansichten, sondern um menschliche Schicksale.“